<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>7.11.02</td>
<td>Gesetz zur Sicherstellung der Finanzausstattung von Gemeinden und Gemeindeverbänden</td>
<td>654</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 41-30</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>7.11.02</td>
<td>Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 ..</td>
<td>656</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II Anhang Staatsverträge</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.11.02</td>
<td>Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Ablaufgesetz</td>
<td>659</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 89-22</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.11.02</td>
<td>Gesetz zur Weiterentwicklung des Krankenhauswesens in Hessen (Hessisches Krankenhausgesetz 2002 – HKHG)</td>
<td>662</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 351-60</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.11.02</td>
<td>Neufassung des Wahlprüfungsgeztes</td>
<td>676</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 19-1</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.11.02</td>
<td>Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher</td>
<td>679</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 323-123</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.11.02</td>
<td>Verordnung über die Zuständigkeit der Wasserbehörden</td>
<td>680</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 85-58</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Sicherstellung der Finanzausstattung von Gemeinden und Gemeindeverbänden

Vom 7. November 2002

§ 1
Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender übertragener oder eigener Aufgaben für die Gemeinden oder Gemeindeverbände zu einer Mehrbelastung oder Entlastung, legt eine Kommission zu deren Umfang auf der Grundlage vom Finanzministerium aufberufter Daten jährlich vor Beginn der Haushaltsberatungen dem Landtag und der Landesregierung einen Bericht vor. Der Bericht entfällt, wenn zwischen dem Landtag oder der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden ein Einvernehmen über die auszugleichenden Mehrbelastungen oder Entlastungen hergestellt werden konnte.

§ 2
(1) Der Kommission gehören an
- die Präsidentin oder der Präsident des Rechnungshofs als vorsitzendes Mitglied,
- je ein von den hessischen Kommunalen Spitzenverbänden entsandtes Mitglied,
- drei von der Landesregierung entsandte Mitglieder, von denen eines dem Finanzministerium angehören muss,

(2) Die Geschäftsführung der Kommission liegt beim Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes.

(3) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 3

§ 4
(1) Die Berichte nach den §§ 1 und 3 sind bei der Bestimmung der Finanzausgleichsmasse des Kommunalen Finanzausgleichs zu berücksichtigen, soweit nicht auf andere Weise ein Ausgleich geschaffen wurde.

(2) Soweit ein einvernehmlicher Vorschlag der Kommunalen Spitzenverbände für die Verteilung der auszugleichenden Mehrbelastungen oder Entlastungen vorliegt, ist dieser bei der konkreten Ausgestaltung des Ausgleichs zu berücksichtigen.

§ 5
(1) Die Kosten und Auslagen der von ihnen entsandten Mitglieder tragen die entsendenden Stellen.

(2) Das Land trägt die Kosten der Geschäftsstelle.

§ 6

(1) Das Gesetz tritt am Tag seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 7. November 2002

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister
der Finanzen
Weimar

Der Hessische Minister
des Innern und für Sport
Bouffier
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den
Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der
Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006*)
Vom 7. November 2002

§ 1

§ 2

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem § 5 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt Teil 1 bekannt zu geben.


Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierungen sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 7. November 2002

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister der Finanzen
Weimar

*) GVSt. II Anhang Staatsvertrag

Anlage zu § 1 Satz 2

Staatsvertrag
über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für
gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der
Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Präambel

§ 1
Höhe der Mittel und Mittelempfänger
(1) Ab dem Veranstaltungsjahr 2002 bis einschließlich des Veranstaltungsjahres 2006 werden von jedem Land jeweils 12 v. H. der das Ergebnis des Veranstaltungsjahres 2001 übersteigenden Ge-

Die Ergebnisse des Veranstaltungsjahres 2001 in den einzelnen Ländern werden wie folgt festgestellt:

Baden-Württemberg 70 080 968,00 EUR,
Bayern 86 021 234,00 EUR,
Berlin 17 697 778,00 EUR,
Brandenburg 7 124 875,00 EUR,
Bremen 4 683 454,00 EUR,
Hamburg 21 303 365,00 EUR,
Hessen 41 455 211,00 EUR,
Mecklenburg-Vorpommern 3 991 510,00 EUR,
Niedersachsen 40 071 113,00 EUR,
Nordrhein-Westfalen 145 574 733,00 EUR,
Rheinland-Pfalz 26 024 381,00 EUR,
Saarland 6 312 629,00 EUR,
Sachsen 11 864 891,00 EUR,
Sachsen-Anhalt 8 073 636,00 EUR,
Schleswig-Holstein 17 302 450,00 EUR,
Thüringen 5 447 224,00 EUR.

(2) Der Deutsche Fußballbund (im Folgenden: „DFB“ genannt) wird als Empfänger der Mittel nach Absatz 1 bestimmt.


(4) Sofern die dem DFB zur Verfügung gestellten Mittel nicht unmittelbar nach Mittelauflass für Verwaltungszwecke nach § 2 eingesetzt werden, sind die Mittel vom DFB verzinsslich anzulegen.

§ 2 Verwendung der Mittel

(1) Der DFB hat die nach § 1 Abs. 3 zur Verfügung gestellten Mittel sowie die nach § 1 Abs. 4 anfallenden Zinssträge ausschließlich für gemeinnützige, mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 in Zusammenhang stehende Maßnahmen und Veranstaltungen zu verwenden, insbesondere Talentförderung, Familiensporttage, kulturelle Rahmenprogramme, völkerverbindende Projekte und Vorhaben im Bereich des Breiten-, Jugend- und Behinderungssports.

(2) Bei der Verwendung der Mittel ist auf eine ausgewogene regionale Verteilung unter Berücksichtigung der Gesamthöhe der mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 in Zusammenhang stehenden Maßnahmen und Veranstaltungen hinzuwirken.

§ 3 Verwendungsnachweise und Rechnungsprüfung


(2) Die Rechnungshöfe der Länder sind berechtigt, die Verwendung der dem DFB nach § 1 Abs. 3 zur Verfügung gestellten Mittel sowie der nach § 1 Abs. 4 anfallenden Zinssträge in entsprechender Anwendung der landesrechtlichen Regelungen über Zuwendungen zu prüfen.

§ 4 Schlussbestimmungen

Sofern die FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 nicht stattfindet, entfällt die Verpflichtung zur Fortzahlung der Überschussbeträge. In diesem Fall sind die bis zum Zeitpunkt der sich darauf beziehenden Feststellung durch die FIFA nicht verbrauchten Mittel, einschließlich etwaiger bis dahin angefallener Zinssträge, vom DFB zu erstatten.

§ 5 Ratifikierung, In-Kraft-Treten und Außen-Kraft-Treten

Eur erreicht. Die durch die aufgehobenen Bestimmungen eingetretenen Rechtswirkungen werden nicht berührt; für die Abwicklung der Rechtsverhältnisse nach diesem Staatsvertrag sind die aufgehobenen Bestimmungen weiterhin anzuwenden.

Für das Land Baden-Württemberg:
Erwin Teufel, den 13. Juni 2002

Für den Freistaat Bayern:

Für das Land Berlin:
Klaus Wowereit, den 13. Juni 2002

Für das Land Brandenburg:
Manfred Stolpe, den 13. Juni 2002

Für die Freie Hansestadt Bremen:

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:

Für das Land Hessen:

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Für das Land Niedersachsen:

Für das Land Nordrhein-Westfalen:

Für das Land Rheinland-Pfalz:

Für das Saarland:
Peter Müller, den 13. Juni 2002

Für den Freistaat Sachsen:

Für das Land Sachsen-Anhalt:
Böhmer, den 13. Juni 2002

Für das Land Schleswig-Holstein:

Für den Freistaat Thüringen:
Bernhard Vogel, den 13. Juni 2002
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes
zum Kreislaufwirtschafts- und Ablagenguß*)

Vom 5. November 2002

Artikel 1
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
2. § 3 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird aufgehoben.
   b) Abs. 2 Satz 2 wird gestrichen.
   c) Die bisherigen Abs. 2 und 3 werden Abs. 1 und 2.
3. § 4 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 wird die Angabe „Abs. 3“ durch die Angabe „Abs. 2“ ersetzt.
   b) In Satz 2 werden die Angabe „Abs. 3“ durch die Angabe „Abs. 2“ und das Wort „Einvernehmen“ durch das Wort „Benennen“ ersetzt.
4. § 9 erhält folgende Fassung:

   § 9
   Gebühren
   (3) Soweit die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger während der Betriebsphase der Deponie keine ausreichenden Rücklagen für die Kosten der Stilllegung und der Nachsorge der Deponie gebildet haben, können diese Kosten in einem Übergangszeitraum von fünfzehn Jahren nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes auch nach Stilllegung der Deponie in die Abfallgebühren einbezogen werden. Satz 1 gilt nur für Deponien, die nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes stillgelegt werden.
5. In § 11 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „Abs. 3“ durch die Angabe „Abs. 2“ ersetzt.
6. In § 12 Abs. 2 Nr. 6 wird die Angabe „Abs. 3“ durch die Angabe „Abs. 2“ ersetzt.
7. § 15 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 1 werden die Angaben „20 bis 28“ durch die Angaben „16 bis 24“ ersetzt.
   b) In Abs. 2 Satz 2 wird nach der Angabe „§ 7“ die Angabe „Abs. 1“ gestrichen.
8. § 16 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Einvernehmen“ durch das Wort „Benennen“ ersetzt.
   b) Abs. 4 Satz 2 wird gestrichen.
   c) Abs. 5 wird aufgehoben.
   d) Abs. 6 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 2 werden die Worte „am Einvernehmen der obersten Landesplanungsbehörde gebunden ist“ durch die Worte „das Benennen der obersten Landesplanungsbehörde einzuholen hat“ ersetzt
      bb) Folgender Satz wird angefügt:
         „Das Verfahren nach Satz 1 gilt nicht bei grenzüberschreitenden Abläufenverbräuehungen.“
   e) Der bisherige Abs. 6 wird Abs. 5
9. § 25 Abs. 1 enthält folgende Fassung:

(1) Abfallbehörden sind das für die Kreislauf- und Abfallwirtschaft zuständige Ministerium, die Regierungspräsidien, die Burgbehörden sowie in den Fällen des § 25a Abs. 1 Satz 1 der Gemeindevorstand und der Magistrat.

10. Nach § 25 wird folgender § 25a eingefügt:

§ 25a Abfallrechtliche Zuständigkeit der Gemeinden


(2) In den Fällen des Abs. 1 Satz 1 ist der Gemeindevorstand oder der Magistrat zugleich Widerspruchsbehörde.

(3) Das Regierungspräsidium ist an Stelle des Gemeindevorstandes oder der Magistrats für die in Abs. 1 Satz 1 genannte Aufgabe zuständig, wenn eine Gemeinde oder eine kreisfreie Stadt eine in Abs. 1 Satz 1 genannte Lagerung oder Ablegerung selbst verursacht hat. Das gleiche gilt, wenn eine in Abs. 1 Satz 1 genannte Lagerung oder Ablegerung von einer Gesellschaft oder Vereinigung mit eigener Rechtspersönlichkeit verursacht wurde, an der die Gemeinde oder die kreisfreie Stadt mehrheitlich beteiligt ist.

(4) Die Aufgaben nach Abs. 1 Satz 1 werden den Gemeinden und den kreisfreien Städten zur Erfüllung nach Weisung übertragen. Weisungen kann das für die Kreislauf- und Abfallwirtschaft zuständige Ministerium im Rahmen der Fachaufsicht erteilen. Die Weisungen sollen sich auf allgemeine Anordnungen beschränken und in der Regel nicht in die Einzelauführung eingreifen.

(5) Verwaltungskosten, Geldbußen und Zwangsgelder, die durch Bescheid des Gemeindevorstandes oder des Magistrats im Falle der Aufgabenwahrnehmung nach Abs. 1 und § 29 Abs. 3 Satz 2 festgesetzt worden sind, fließen der jeweiligen Gemeinde zu. Satz 1 gilt auch für erhobene Verwarnungsgelder.
widrigkeiten nach § 61 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 Nr. 3, 4 und 6 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie nach § 29 Abs. 1 Nr. 9 dieses Gesetzes geht. b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

Artikel 2
Die für die Kreislauf- und Abfallwirtschaft zuständige Ministerien oder der

hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, das Hessische Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in der sich aus diesem Gesetz ergebenden Fassung mit neuem Datum und neuer Paragraphenfolge bekannt zu machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 3

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 5. November 2002

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister
für Umwelt, Landwirtschaft
und Forsten
Dietzel
Erster Abschnitt
Allgemeine Bestimmungen

§ 1
Ziel des Gesetzes

(1) Ziel des Gesetzes ist es, im Lande Hessen eine patienten- und bedarfsgerechte stationäre Versorgung der Bevölkerung durch ein flächendeckendes gegliedertes System qualitativ leistungsfähiger und eigenverantwortlich wirtschaftender Krankenhäuser sicherzustellen und zu sozial tragbaren Vergütungen beizutragen.

(2) Bei der Durchführung dieses Gesetzes ist die Vielfalt der Krankenhausträger zu beachten. Dabei ist freigemeinnützigem und privaten Krankenhäusern ausreichend Raum zur Mitwirkung an der Krankenhausversorgung der Bevölkerung zu geben, soweit sie dazu auf Dauer bereit und in der Lage sind.

§ 2
Geltungsbereich

(1) Das Gesetz gilt für alle Krankenhäuser im Lande Hessen, die der allgemeinen stationären Versorgung dienen, soweit nichts anderes bestimmt ist. Der Sechste und Achte Abschnitt mit Ausnahme des § 32 gelten nur für die Krankenhäuser, die in den Krankenhausplan des Landes aufgenommen sind. Die Vorschriften dieser Abschnitte über die Investitionsprogramme und die Förderung der Krankenhäuser mit Ausnahme des § 32 gelten nicht für die Universitätskliniken.

(2) § 6 Abs. 1 und die §§ 7, 14 Abs. 1 bis 3 und 15 gelten nicht für Krankenhäuser, die von Religionsgemeinschaften oder diesen gleichgestellten oder ihnen zugeordneten Einrichtungen ohne Rücksicht auf deren Rechtsform betrieben werden.

§ 3
Gewährleistung der Krankenhausversorgung

(1) Die Gewährleistung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser ist eine öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte.

(2) Krankenhäuser werden nach Maßgabe des Krankenhausplans von Landkreisen, Gemeinden, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts selbst oder in deren Auftrag von Dritten errich-

4 Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander und mit anderen Diensten und Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens


(2) Außerdem arbeiten die Krankenhäuser im Interesse der durchgehenden Sichereinstellung der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und den übrigen an der Patientenversorgung beteiligten ambulanten und stationären Diensten und Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens eng zusammen. Dabei sind Zusammenschlüsse insbesondere im Rahmen der §§ 140a bis h des fünften Buches Sozialgesetzbuch anzuwenden.

Zweiter Abschnitt
Patient und Krankenhaus

§ 5
Anspruch auf Krankenhausaufnahme und Versorgung


(2) Der Krankenhausträger ist nach Maßgabe seiner stationären Behand-

(3) Der Anspruch des Krankenhausärztes gegenüber der Patientin oder des Patienten oder deren Kostenträger auf Beilegung der Behandlungskosten bleibt unberührt.

§ 6

Soziale und seelsorgerische Betreuung

(1) Als Ergänzung zu der ärztlichen und pflegerischen Versorgung hält das Krankenhaus ein Sozialdienst vor. Er hat insbesondere die Patientin oder den Patienten in sozialen Fragen zu betreuen, zu beraten, geeignete Hilfen zu vermitteln und bei der Einleitung von Rehabilitationsmaßnahmen zu unterstützen.

(2) Das Krankenhaus hat eine angepasste tägliche Besuchszeitenregelung zu treffen, die insbesondere die Belange der unverbundenen Patienten berücksichtigt und Berufstätigen auch an Werktagen Krankenbesuche ermöglicht. Die Betriebsabläufe des Krankenhauses sollen so eingerichtet werden, dass die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten nach Schonung und Ruhe Rechnung tragen. Ausbildungsauflagen des Krankenhauses, zu deren Durchführung die Beteiligung von Patientinnen oder Patienten erforderlich ist, sind mit der gehobenen Rücksicht auf die Kranken und ihre Würde durchzuführen.


(4) Sterbende Patientinnen oder Patienten haben in besonderem Maße einen Anspruch auf eine ihrer Würde entsprechende Behandlung. Sofern Sterbende und deren Angehörige wünschen, dass Behandlung und Pflege zu Hause durchgeführt werden, soll das Krankenhaus sie entlassen, wenn die notwendige Betreuung ausreichend gewährleistet ist.

(5) Ehrenamtliche Patientendienste sind zu unterstützen.

(6) Um den religiösen Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten Rechnung zu tragen, ist den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Rahmen des Möglichen Gelegenheit zur Durchführung von Gottesdiensten und zur Ausübung der Seelsorge zu geben.

§ 7

Patientenfürsprecher


(2) Beschäftigte der Krankenhausärzte des Versorgungsgebietes oder Mitglieder ihrer Organe sind nicht wählbar. Die Patientenfürsprecherin oder der Patientenfürsprecher führt das Amt bis zum Amtsantritt einer Nachfolgerin eines Nachfolgers weiter.

(4) Das Krankenhaus ist zur Zusammenarbeit mit der Patientenfürsprecherin oder dem Patientenfürsprecher verpflichtet. Es geht ihm oder ihrem Vorbringen nach, erteilt ihr oder ihm die notwendigen Auskünfte und gewährt ihr oder ihm Zutritt.

(5) Das Amt der Patientenfürsprecherin oder des Patientenfürsprechers ist ein Ehrenamt. Die Patientenfürsprecherin oder der Patientenfürsprecher erhält eine Aufwandsentschädigung. Im Übrigen gilt § 27 Abs. 1, 2, 3 Satz 1 und Abs. 5 der Hessischen Gemeindeordnung, auch in Verbindung mit § 18 Abs. 1 Satz 1 der Hessischen Landkreisordnung. Die Kosten trägt die zuständige Gebietskörperschaft.

DRITTER ABSCHNITT
Pflichten der Krankenhäuser

§ 8
Qualitätssicherung


§ 9
Zentraler Bettennachweis, Brand- und Katastrophenschutz


(3) Die für das Gesundheitswesen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für die inneren Angelegenheiten zuständigen Ministerin oder dem hierfür zuständigen Minister durch Rechtsverordnung Näheres über den Inhalt der Alarm- und Einsatzpläne sowie das Verfahren der gegenseitigen Abstimmung und Unterstützung im Brand- und Katastropheneinfall zu bestimmen.

§ 10
Krankenhaushygiene

(1) Die Krankenhäuser sind verpflichtet, entsprechend dem jeweiligen Stand der medizinischen Wissenschaft alle erfordernlichen Maßnahmen zur Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausskundungen zu treffen.

(2) Maßnahmen nach Abs. 1 werden durch die in § 21 Abs. 2 genannten Behörden vereinbart. Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung der für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerin oder des hierfür zuständigen Ministers. Kommt die Vereinbarung nicht innerhalb von zwei Jahren nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes vor, wird die für das Gesundheitswesen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister ermächtigt, durch Rechtsverordnung Maßnahmen zur Bekämpfung und Erfassung von Krankenhausskundungen, den Umfang der Beratung durch Krankenhaushygieniker, die Aufgaben, Zusammensetzung und Einrichtung von Hygienekommissionen und die Beschäftigung und Tätigkeitsfeld von Hygienefachkräften zu bestimmen.

vierter ABSCHNITT
Auskunftspflicht, Datenverarbeitung und Datenschutz im Krankenhaus, Aufsicht

§ 11
Auskunftspflicht und Datenverarbeitung im Krankenhaus

(1) Die Krankenhäuser sind verpflichtet, dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht und des Datenschutzrechts die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, insbesondere über das Leistungsangebot, die erbrachten Leistungen, die Verweildauer, die personelle und sächsische Ausstattung, die allgemeinen statistischen Angaben über die Patientinnen oder Patienten und ihre Erkrankungen, die zur Beurteilung der sparsamen und wirtschaftlichen Betriebsführung, für die Belange der Krankenhausplanung und zur Erstellung der Investitionspläne notwendig sind. Die Auskunftspflicht über Patientinnen und Patienten umfasst nur Angaben, die das Krankenhaus für deren Versorgung und für die Abrechnung der Krankenhausleistungen erhält.

(2) Zur Erfüllung der Verpflichtung der Krankenhäuser nach Abs. 1 kann sich das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium der Leistungsdaten bedienen, die die Krankenhäuser nach den Vorschriften des Krankenhausfinanzierungsgesetzes dem Hessischen Statistischen...
Landesamt zu liefern haben. Die für das Gesundheitswesen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zusätzliche Erhebungen zu Aufgaben mit Auskunfts- 
opflichten zu den Krankenhäusern für die Bearbeitung von Verwaltungsaufgaben und für Zwecke der Landesstatistik auf dem Gebiet des Gesundheitswesens anzuordnen. Die Rechtsverordnung be- 
stimmt das Nähere insbesondere zu der Beschreibung und Abgrenzung der ein- 
zeln erhebungstatbestände, der Art und Periodizität der Erhebungen, dem 
Berichtszeitraum, dem Berichtszeitpunkt, den Erhebungsstellen, dem Berichtsweg, 
der Gestaltung der Erhebungsvordrucke und der Kosten trägerpflicht.

(3) Die Angaben nach den Abs. 1 und 2 über einzelne Krankenhäuser dürfen den Gesundheitsbehörden für verwal- 
tungsinterne Zwecke, den Mitgliedern des Landeskrankenhaussausschusses und der jeweils zuständigen Krankenhaus- 
konferenzen im Rahmen ihrer Mitwirkung an der Krankenhausplanung und der Erstellung der Investitionsprogramme 
weitengegeben werden. Weitergehende Informationsrechte bleiben unberührt.

(4) Aus den nach Abs. 1 und 2 erhobenen Angaben dürfen Name, Anschrift, Träger, Art und Zweckbestimmung des 
Krankenhauses sowie die nach Rechtsverordnungen gegliederte Bettenzahl in den 
krankenhausbezogenen Verzeichnissen und Darstellungen des Statistischen Lan- 
desamtes veröffentlicht werden.

(5) Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit der Daten und der Wirtschaftlichkeit der in den Krankenhäusern einge- 
setzten Verfahren der automatisierten Datenverarbeitung kann die für das Gesund- 
heitswesen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister für die in den 
Krankenhausern aufgenommenen Krankenpatienten durch Rechtsverordnung die 
Art und den Umfang der zu verarbeitenden Daten und die Form ihrer Verarbei- 
tung vorschreiben.

(6) Die Abs. 1 bis 4 gelten auch für die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen nach § 107 Abs. 2 und die Vertrags- 
krankehäuser nach § 108 Nr. 3 des fünften Buches Sozialgesetzbuch.

§ 12

Datenschutz im Krankenhaus

(1) Für Krankenhäuser gelten die Be- 
stimmungen des Hessischen Datenschutz- 
gesetzes vom 11. November 1986 (GVBl. I 
S. 308) in der jeweils geltenden Fassung 
ohne die Einschränkung für öffentlich-
rechtliche Unternehmen, die am Wettbe- 
werb teilnehmen, nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze.

(2) Die Übermittlung von Patientendaten an Personen oder Stellen außerhalb des Krankenhauses ohne die Einwilligung der oder des Betroffenen ist abweichend 
von den Vorschriften des Hessischen Da-
tenschutzgesetzes nur zulässig, soweit dies erforderlich ist.

1. zur Erfüllung des mit der Patientin oder dem Patienten oder für diese 
geschlossenen Behandlungsvertrages einschließlich der Durchsetzung 
der Data oder Abwehr von Schadensersatzan- 
prüchen;

2. zur Durchführung einer Mit- oder 
Nachbehandlung, soweit die Patientin 
or der Patient nach Hinweis auf die 
beabsichtigte Übermittlung nichts an- 
deres bestimmt hat;

3. zur Abwehr einer gegenwärtigen, 

eine nicht abwendbaren Gefahr für Leben, 

körperliche Unversehrtheit oder 
personliche Freiheit der Patientin 
or des Patienten oder eines Dritten, 

die Rechtsgüter des Geheim- 
haltungsinteresse der Patientin oder 
des Patienten wesentlich überwiegen;

4. zur Unterbringung von Angehörigen, 

soweit die Patientin oder der Patient 

nicht ihren gegenwärtigen Willen kund- 
getan haben oder sonstige Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine 

übermittlung nicht angebracht ist;

5. zur Erfüllung einer gesetzlich vorge- 
schriebenen Behandlungs- und Mittei- 

lungspflicht;

6. zur Erfüllung der Aufgaben der Sozial- 

leistungsträger und privaten Kranken- 

versicherungen zur Feststellung der Leistungspflicht, zur Abrechnung und 

zur Überprüfung der Wirtschaftlich- 
keit, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist;

7. zur Qualitätssicherung in der sta- 
tionalen Versorgung, wenn der Emp- 

fähler eine Ärztin oder ein Arzt oder 
eine ärztlich gelehnte Stelle ist und der 

genannte Zweck nicht mit anonymisierten oder pseudonymisierten Daten 

erreicht werden kann und die übliche 

schutzrechtliche Interessen der Betroffenen entgegenstehen;

8. zur Erfüllung der Aufgaben der Träger der 

Notfallversorgung zur Ermittlung der 

Wirksamkeit rettungsdienstlicher 

Maßnahmen im Rahmen von Quali- 

titätsmanagement-Systemen, soweit 

eine Rechtsverordnung zur Qualität 

sicherung nach dem Hessischen 

rettungsdiensstgesetz in der jeweils 

geltenden Fassung dies vorsieht. Die Übermit- 

tlung der Daten erfolgt in anonymisi- 

ter oder pseudonymisierter Form, soweit 

dies für die Zwecke ausreicht. Ist eine 

Übermittlung personenbezogener 

Daten erforderlich, sind die Daten 

beim Träger der Notfallversorgung zu 

anonymisieren, sobald der Zweck der 

Übermittlung es erlaubt. Nicht anony- 

misierende oder pseudonymisierte Daten 
dürfen nur von der Ärztlichen Leiterin 

Rettungsdienst oder dem Ärztlichen 

Leiter Rettungsdienst verarbeitet wer- 

den.

(3) Abs. 2 und § 33 des Hessischen Da- 
tenschutzgesetzes gelten in Krankenhäu- 

sern mit Behandlungseinrichtungen ver-

schiedener Fachrichtungen (Fachabteilun- 
gen) auch zwischen diesen.
(4) Personen oder Stellen, denen Patientendaten übermittelt worden sind, dürfen diese nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihnen befugt übermittelt worden sind.


(6) Die Religionsgemeinschaften oder die diesen gleichgestellten oder ihnen zugewiesenen Einrichtungen treten für ihre Krankenhäuser in eigener Zuständigkeit Datenschutzregelungen, die den Zielen der Abs. 1 bis 5 entsprechen.

§ 13 Rechtsaufsicht

(1) Die Krankenhäuser und ihre gemeinschaftlichen Einrichtungen unterliegen der Rechtsaufsicht.

(2) Die Aufsicht erstreckt sich auf die Beachtung der für Krankenhäuser geltenden fachlichen Vorschriften des Zweiten bis Fünften Abschnitts dieses Gesetzes und des Krankenhausfinanzierungsgesetzes sowie der dazu erlassenen Rechtsverordnungen. Die Vorschriften über die allgemeine Aufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände, über die Krankenhäuser im Straf- und Maßnahmeverfahren sowie die Rechtsaufsicht über die Universitätskliniken bleiben unberührt. Unberührt bleiben ebenso die Vorschriften über die gesundheitliche oder hygienische Aufsicht der Krankenhäuser.

(3) Die Krankenhäuser, ihre gemeinschaftlichen Einrichtungen und die Einrichtungen nach § 4 Abs. 2 Satz 2 sind verpflichtet, der zuständigen Aufsichtsbehörde die für die Durchführung der Aufsicht erforderlichen Auskünfte zu erteilen und deren Beauftragten Zutritt zu gewähren. Bei Gefahr im Verzug ist der Zutritt jederzeit zu gestatten. Insoweit wird das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Grundgesetz) eingeschränkt.

(4) Erfüllt ein Krankenhaus die ihm obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen oder Aufgaben nicht, so kann es von der Aufsichtsbehörde angewiesen werden, innerhalb einer bestimmten Frist das Erforderliche zu veranlassen.

(5) Aufsichtsbehörde ist das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium.

Fünfter Abschnitt

Innere Strukturen der Krankenhäuser

§ 14 Wirtschaftliche Betriebsführung, organisatorische Eigenständigkeit und Krankenhausleitung


(2) Krankenhäuser öffentlicher Träger können auch in geeigneter öffentlicher oder privater Rechtsform geführt werden.

(3) Der Krankenhausärzt aus der Krankenhausleitung die ärztliche Leitung, die Leitung des Wirtschafts- und Verwaltungsbereiches und die Leitung des Pflege- und dienstes gemeinsam zu beteiligen. Die für die Geschäftsleitung geltenden gesellschaftsrechtlichen Regelungen bleiben davon unberührt.

(4) Die Zusammenfassung mehrerer bislang selbständiger Krankenhäuser durch einen Krankenhausärzt führt nur dann zur Entstehung eines Krankenhauses im Sinne dieses Gesetzes, wenn die Einrichtungen und anderen einer fachlich-medicinischen Einheit zusammengefasst werden.

§ 15 Abgaben aus Liquidationserlösen

(1) Der Krankenhausärzt ist berechtigt, aus den Einkünften, die Ärztinnen und Ärzte des Krankenhauses aus wahlärztlicher Tätigkeit erzielen, eine Abgabe zu verlangen, die pauschalisiert werden kann. Neben der Erstattung der Kosten, welche durch ärztliche Tätigkeit nach den Vorschriften § 1 im Krankenhaus verursacht werden, kann der Krankenhausärzt einen Vorteilsgleich verlangen.

(2) Werden im stationären Betrieb von hierzu berechtigten Ärztinnen oder Ärzten des Krankenhauses wahlärztliche

(3) Der Krankenhausträger hat die Beteiligung nach Abs. 2 sicherzustellen. Er zieht die abzuführenden Beträge zu einem von ihm einrichtenden Mitarbeiterfonds ein. An der Verstellung der abzuführenden Einkünfte wirken die gebügneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit.


(5) Die Durchführung der Abs. 1 bis 4 regelt die für das Gesundheitswesen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister durch Rechtsverordnung.

§ 16
Jahresabschlussprüfung

(1) Der Jahresabschluss ist unter Einbeziehung der Buchführung durch eine verpflichtete Buchprüferin oder einen verpflichteten Buchprüfer oder eine Wirtschaftsprüferin oder einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Abschlussprüfer) zu prüfen. Der Abschlussprüfer wird vom Krankenhauträger oder dem nach Gesellschaftsrecht zuständigen Organ bestellt.

(2) Für die Jahresabschlussprüfungen allgemein geltenden Grundsätze sind anzuwenden. Die Prüfung erstreckt sich insbesondere auf:
1. die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Rechnungswesens,
2. die wirtschaftlichen Verhältnisse,
3. die zweckentsprechende, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Fördermittel nach § 25.

(3) Sind nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen zu erheben, so hat der Abschlussprüfer den Bestätigungsvermerk zu erteilen; anderfalls hat er ihn zu versagen oder nur eingeschränkt zu erteilen. Soweit die Bedürfnisse von Krankenhäusern erfüllt sein sollten, in die Abschlussprüfung berücksichtigt werden können. Es werden die wesentlichen Informationen über die jeweilige Krankenhausrechtsprechung und die Verbesserungsmöglichkeiten hierfür vorgestellt.

SECHSTER ABSCHNITT
Krankenhausplanung

§ 17
Aufgaben und Grundsätze der Krankenhausplanung

(1) Zur Verwirklichung der in § 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und § 1 dieses Gesetzes genannten Ziele wird für das Land ein Krankenhausplan aufgestellt, auf dessen Grundlage die bedarfsgerechte Krankenhausversorgung der Bevölkerung sichern soll.

(2) Bei der Krankenhausplanung sind die in § 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und § 1 dieses Gesetzes genannten Ziele gegeneinander und untereinander abzuwägen; die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung sind zu beachten.

(3) Der nach Versorgungsgebieten gegliederte Krankenhausplan besteht aus allgemeinen Rahmenvorgaben, den Anforderungen an die insbesondere Notfallversorgung, den Bestimmungen über die Wahrnehmung überörtlicher Schwerpunkttaufgaben nach Abs. 5, den regionalen Versorgungskonzeptionen nach § 18 Abs. 2 sowie den Entscheidungen nach § 19 Abs. 1 Satz 1 und 2.


(5) Zur Sicherung einer bedarfsgerechten, leistungsfähigen und wirtschaftlichen Versorgung kann der Krankenhausplan für spezielle medizinische Fachgebiete eine Versorgungsgebieteübergreifende, landesweite Aufgabenwahrnehmung der Krankenhäuser oder die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern festlegen sowie einzelnen Krankenhäusern mit Zustimmung des Krankenhausträgers besondere Aufgaben
zuordnen. Der Krankenhausplan weist auch die Ausbildungsstätten nach § 2 Nr. 1a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes aus. Die Einzelfestlegungen nach Satz 1 und 2 können inhaltlich und zeitlich begrenzt werden, soweit dies zur Anpassung an die Bedarfsentwicklung geboten ist.

§ 18
Krankenhausplan
(1) Die allgemeinen Rahmenvorgaben des Krankenhausplans enthalten insbesondere die Planungsgrundsätze und Planungsziele, die Bestimmung von Leistungen nach § 137 Abs. 1 Satz 5 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch sowie die Bestimmungen über das Planungsverfahren und die Planungsbedürfnisse.

(2) Die unter Beachtung der allgemeinen Rahmenvorgaben von den Krankenhauskonferenzen zu entwickelnden und zur Entscheidung nach Abs. 4 Satz 1 verzugsverurteilten regionalen Planungskonzepte legen für das jeweilige Versorgungsgebiet die Versorgungsstrukturen und die zur Versorgung der Bevölkerung notwendigen stationären und teilstationären Kapazitäten fest. Sie stimmen dabei das Versorgungsangebot der Krankenhäuser untereinander ab und enthalten Vorschläge zur Optimierung der Versorgungsstrukturen, insbesondere zu Schwerpunktbildungen, Modellvorhaben und integrierten Versorgungsformen.

(3) In den Krankenhausplan werden die Universitätskliniken unter Berücksichtigung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre und die in § 3 Nr. 1 und 4 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes genannten Krankenhäuser einbezogen, so weit sie der stationären Versorgung der Bevölkerung allgemein dienen. Auf Krankenhäuser, die aufgrund eines Versorgungsvertrages nach § 108 Nr. 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch oder einer Erklärung nach § 30 der Gewerbeordnung an der Krankenhausversorgung teilnehmen, ist im Krankenhausplan zusätzlich hinzuzuwenden.


§ 19
Durchführung und Weiterentwicklung des Krankenhausplans
(1) Aufnahme und Nichtaufnahme in den Krankenhausplan, seine Einzelfestlegungen und Änderungen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes stellt das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium fest. Satz 1 gilt für die Herausnahme aus dem Krankenhausplan entsprechend den Entschluss nach § 17 Abs. 5 Satz 1 und 2 und auch für die Sozialleistungsträger verbindlich. Mit der Aufnahme in den Krankenhausplan ist das Krankenhaus verpflichtet, im Rahmen seiner Versorgungsmöglichkeiten jederzeit, abhängig von den Bedürfnissen und Anforderungen der Bevölkerung, die notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um den Krankenhausplan und den daraus resultierenden Bedarf der Bevölkerung an Ärzten und Pflegepersonal zu decken.

(2) Die Einzelentscheidungen nach Abs. 1 Satz 1 beschränken sich neben der Zuweisung von Aufgaben der Notfallversorgung und der Festlegung der Zuordnung von Aufgaben nach § 17 Abs. 5 Satz 1 und 2 auf die Bestimmung des Standortes, der Fachgebiete und der Gesamtbet tenzahl oder sonstigen Kapazität.

§ 20
Krankenhausinvestitionsprogramm, Krankenhausbauprogramm
(1) Zur Förderung des Krankenhausbaus werden jährlich auf der Grundlage des Krankenhausplans
1. ein Krankenhausinvestitionsprogramm und
2. ein im jeweiligen Haushalt veranschlagtes Krankenhausbauprogramm aufgestellt.

(2) Das Krankenhausinvestitionsprogramm wird von dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium auf der Grundlage der von ihm als förderungsfähig bestätigten Anmeldungen der Krankenhäuser aufgestellt und jährlich fortgeschrieben. Es enthält diejenigen Investitionsvorhaben, die in den der Aufstellung des Krankenhausbauprogramms nach Abs. 1 Nr. 1 folgenden fünf Jahren unter Berücksichtigung der Finanzplanung des Landes genehmigt werden sollen, und den voraussichtlichen Bedarf an Finanzierungsmitteln. Bei der Aufstellung und Fortschreibung des Krankenhausinvestitionsprogramms sind die Bedarfsmittelwirtschaftlichkeit, die Dringlichkeit und die Politik der vorgesehenen Investitionen zu berücksichtigen und an die Erfüllung der strukturellen Gesamtentwicklung anzupassen.

§ 21
Landeskrankenhausausschuss

(1) Um die Zusammenarbeit mit den an der Krankenhausversorgung im Lande Beteiligten nach § 7 Abs. 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes bei der Durchführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und dieses Gesetzes zu gewährleisten, wird bei der für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium ein Landeskrankenhausausschuss gebildet. Im Landeskrankenhausausschuss werden insbesondere folgende Angelegenheiten behandelt:

1. die Grundsätze der Krankenhauspflanzen nach § 17;
2. die Aufstellung und Fortschreibung des Krankenhausplanes nach § 18;
3. die Inhalte einer Rechtsverordnung nach § 8 Satz 3;
4. die Aufstellung und Fortschreibung der Krankenhausinvestitionen und der Krankenhausbauprogramme nach § 20 und
5. die Förderung von Forschungsvorhaben nach § 32.

(2) Dem Landeskrankenhausausschuss gehören als Mitglieder an:

1. der Hessische Landkreistag, der Hessische Städtetag und der Hessische Städte- und Gemeindebund mit je einem Vertreter oder einem Vertretern,
2. die Hessische Krankenhausgesellschaft mit sechs Vertreterinnen oder Vertretern,
3. die Landesverbände der Krankenkassen in Hessen mit acht Vertreterinnen oder Vertretern,
4. der Landesausschuss Hessen des Verbandes der privaten Krankenversicherung mit einer Vertreterin oder einem Vertreter,
5. der Landesverband Hessen-Mittelrhein und Thüringen der gewerblichen Berufsgruppen mit einer Vertreterin oder einem Vertreter und
6. die Landesärztekammer Hessen und die Kassenärztliche Vereinigung Hessen mit je einer Vertreterin oder einem Vertreter.

Die Mitglieder des Landeskrankenhausausschusses sind Beteiligte nach § 7 Abs. 1 Satz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Die Mitglieder nach Nr. 1 bis 4 sind zugleich unmittelbar Beteiligte nach § 7 Abs. 1 Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes.


(4) Eine Vertreterin oder ein Vertreter des für die Universitätskliniken zuständigen Ministeriums gehört dem Landeskrankenhausausschuss mit beratender Stimme an.


§ 22
Krankenhauskonferenzen

(1) In jedem Versorgungsgebiet (§ 17 Abs. 4) wird eine Krankenhauskonferenz gebildet. Sie hat die Aufgabe,

1. für das Versorgungsgebiet die regionalen Planungskonzepte nach § 18 Abs. 2 zu entwickeln und fortzuschreiben sowie dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium für die Entscheidung nach § 18 Abs. 4 Satz 1 vorzuschlagen;
2. dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium Vorschläge für die Durchführung und Weiterentwicklung des Krankenhausplanes nach § 19 zu machen und entsprechende Anträge der Krankenhausträger sowie deren Anträge nach § 137 Abs. 1 Satz 5 Pfändetes Büch Soczialgesetzbuch zu beurteilen;
3. die Entwürfe der Krankenhausinvestitionsprogramme und der Kranken-
hausbauprogramme einschließlich der vorläufigen Krankenhausbauprogramme zu beraten und dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium eigene Vorschläge für die Entschiedung nach § 20 Abs. 1 vorzulegen.

(2) Der Krankenhauskonferenz gehören als Mitglieder an:
1. die Träger der Krankenhäuser im Versorgungsgebiet mit acht Vertreterinnen oder Vertretern;
2. die Krankenkassen im Versorgungsgebiet einschließlich einer Vertreterin oder eines Vertreters des Landesauschusses Hessen des Verbandes der privaten Krankenversicherung mit acht Vertreterinnen oder Vertretern.

Die Mitglieder der Krankenhauskonferenz sind Beteiligte nach § 7 Abs. 1 Satz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und für die Krankenhausschulung zugleich unmittelbar Beteiligte nach § 7 Abs. 1 Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Die Mitglieder haben für jede Vertreterin oder jeden Vertreter eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zu benennen.

(3) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Abs. 2 Nr. 1 sind im Verhältnis der für die einzelnen Trägergruppen im Krankenhausplan für das Versorgungsgebiet vereinbarten oder festgestellten Planbeten zu bestellen. Die Träger der kommunalen, der evangelischen, der katholischen, der übrigen freigemeinnützigen und der privaten Krankenhäuser bestelten jeweils zusammen mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter. Die Universitätskliniken sind in ihren Krankenhauskonferenzen zu berücksichtigen, Satz 1 bis 3 gelten auch für die Bestellung der Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

(4) Die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung im Versorgungsgebiet bestellen ihre Vertreterinnen oder Vertreter und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter im Verhältnis der Zahl ihrer Mitglieder im Versorgungsgebiet zueinander.

(5) Das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium beruft die Krankenhauskonferenz erstmalig ein.


(7) Die Krankenhauskonferenz kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse in ihrer Mitte Ausschüsse bilden. Sie kann zu ihrer Beratung auch ärztliche oder sonstige sachverständige Vertreterinnen oder Vertreter der Beteiligten nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 bis 6 hinzuziehen.

(8) Die Kreisausschüsse der Landkreise und die Magistrate der kreisfreien Städte des Versorgungsgebietes bestimmen gemeinsam aus ihren Reihen eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Die oder der Vorsitzende und die Stellvertreterin oder der Stellvertreter haben kein Stimrecht.

(9) Die Krankenhauskonferenz fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt der oder die Vorsitzende gegenüber dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium eine Empfehlung unter Darstellung aller wesentlichen Gesichtspunkte ab.

(10) Die Krankenhauskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung, die insbesondere Regelungen über die Befugnisse der oder des Vorsitzenden und der Stellvertreterin oder des Stellvertreters und über die Geschäftsführung trifft.

ACHTER ABSCHNITT
Förderung der Krankenhäuser, Investitionsverträge und Aufbringung der Fördermittel

§ 23 Grundsätze der Förderung


(4) Zuständig für die Förderung und zuständige Behörde nach diesem Abschnitt ist das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium oder die von der für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerin oder dem hierfür zuständigen Minister bestimmte Landesbehörde. § 32 Satz 1 bleibt unberührt.

(5) Maßnahmen nach Abs. 1 dürfen erst nach Erteilung des Bewilligungsbescheides begonnen werden.

§ 24
Einzelförderung

(1) Für Krankenhäuser sind Fördermittel in Höhe der im Zusammenhang mit der Errichtung entstehenden und nachzuweisenden förderungsfähigen Investitionskosten zu bewilligen, wenn die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 1 Satz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und nach Landesrecht vorliegen, die Finanzierung dementsprechend gesichert und die Maßnahme in ein Krankenhausprogramm aufgenommen ist. Nur die bei Anwendung der Grundsätze der Sparbarkeit und Wirtschaftlichkeit notwendigen Kosten sind zu berücksichtigen; in der Beurteilung sind die Folgekosten einzuverleihen.

(2) Die Förderung der Investitionen nach Abs. 1 erfolgt auf Antrag als Einzelförderung bis zur Höhe der jeweils festgesetzten förderungsfähigen Kosten.

(3) Die Errichtungsmaßnahmen können mit Zustimmung des Krankenhausträgers auch durch einen Festbetrag ge­fordert werden; er soll zur Vereinfachung und Beschleunigung des Förderverfahrens aufgrund pauschaler Kostenwerte festgelegt werden und Anreize zur spar­samen Verwirklichung von Investitionsmaßnahmen schaffen. Eine Festbetrags­förderung hat zu erfolgen, wenn ein Krankenhaus zu den festgestellten Kosten einen Eigenanteil leistet.

(4) Erreichen im Falle einer Festbetragskreditfinanzierung die tatsächlich angefallenen förderungsfähigen Kosten den Festbetrag nicht, verbleibt der Unterschiedsbetrag dem Krankenhausträger zur eigenständigen Verwendung im Rahmen weiterer förderungsfähiger Investitionsmaßnahmen.

(5) Fördermittel können nur nachbe­willigt werden, wenn keine Festbetragskreditfinanzierung verabredet worden ist, die Mehrkosten, insbesondere durch Preis­entwicklungen und nachträglich genehmigte Planänderungen, für den Krankenhausträger unabweisbar sind und dieser die Bewilligungsbehörde unverzüglich nach Bekanntwerden der Mehrkosten unterrichtet hat.

(6) Abs. 1 bis 5 gelten entsprechend für die Wiederbeschaffung von Anlagegütern, deren Nutzung sich erfreulichemmaß auf einen Zeitraum von mehr als 15 Jahren erstreckt, und für die Ergänzung von Anlagegütern, soweit diese über die übliche Anpassung an die medizinische und technische Entwicklung der vorhandenen Anlagegüter, wesentlich hinausgeht. Dies gilt auch für Krankenhäuser, die vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes errichtet worden sind.

(7) Nicht förderungsfähig sind
1. die Kosten des Erwerbs oder der An­lieferung bereits betriebener und in den Krankenhausplan aufgenommener Krankenhäuser; das gilt nur für Teile von Krankenhäusern entsprechend,
2. die Ergänzung oder der Ersatz von An­lagegütern der Krankenhäuser, wenn deren Leistungen durch Dritte fachlich und wirtschaftlich günstiger erbracht werden können und diese Anlagegüter nicht unmittelbar mit dem Betrieb von bettenführenden Abteilungen verbunden sind.

§ 25
Förderung durch pauschale Mittelzuweisung

(1) Durch feste Beträge (Jahrespauschale) werden gefördert
1. die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als drei bis zu 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter);
2. die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als 15 Jahren (mittel- und langfristige Anlagegüter) und Errichtungsmaßnahmen, wenn die Anschaffungs­ oder Herstellungskosten für das einzelne Vorhaben 10 vom Hundert der für das Jahr 1969 festgesetzten Jahrespauschale oder 105,000 Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen;
3. der Ergänzungsbedarf an kurz- oder mittelfristigen Anlagegütern, soweit dieser über die übliche Anpassung an die medizinische und technische Entwicklung nicht wesentlich hinausgeht.

(2) Krankenhäuser, die eine nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz geförderte Ausbildungsstätte betreiben, erhalten auf Antrag zur Förderung der für diese Ausbildungsstätte notwendigen Investitionen nach Abs. 1 einen Zuschlag zur Jahrespauschale.

(3) Für die Förderung nach Abs. 1 und 2 wird ein jährlicher Gesamtbetrag nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltes zur Verfügung gestellt. Verschiebungen innerhalb einzelner Krankenhäuser oder zwischen diesen sind im Rahmen des Gesamtbetrages auszugleichen.

(GVBl. I S. 482) für 1999 festgesetzte betenbezogene Jahrespauschale. Bei Neu-
annahme eines Krankenhauses in den Krankenhausplan des Landes Hessen bil-
det der nach Satz 2 maßgebliche Betrag pro Bett die Bemessungsgrundlage für die
Festsetzung der Grundpauschale. Abwei-
chend von Satz 1 bis 3 kann die zustän-
dige Landesbehörde im Ausnahmefall ei-
en höheren oder niedrigeren Betrag fest-
setzen, soweit dies zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Krankenhauses unter
Berücksichtigung seiner im Krankenhausplan bestimmten Aufgaben not-
wendig oder ausreichend ist. Der Zu-
schlag für geförderte Ausbildungsstätten
beträgt für jeden als förderungsfähig
zugrunde gelegten Ausbildungsplatz
63 Euro.

(5) Die für das Gesundheitswesen zu-
ständige Ministerin oder der hierfür zu-
ständige Minister wird ermächtigt, durch
Rechtsverordnung im Einvernehmen mit
der für Finanzen zuständigen Ministerin
oder dem hierfür zuständigen Minister
und der für innere Angelegenheiten zu-
ständigen Ministerin oder dem hierfür zu-
ständigen Minister das Nähere zur Er-
mittlung der fallbezogenen Jahrespaus-
chalens nach Abs. 4 zu bestimmen und in
angemessenen Abständen, mindestens
aber alle zwei Jahre, die Kostengrenze
nach Abs. 1 Nr. 2, den jährlichen Gesamt-
betrag nach Abs. 3 und den Zuschlag für
geförderte Ausbildungsstätten entspre-
cend der Entwicklung der Kosten für In-
vestitionsgüter sowie der Fortentwick-
lung der medizinischen Wissenschaft und
Technik sich ergebenden Erforder-
nissen neu festzusetzen.

(6) Die Pauschaltarife nach Abs. 1
werden auf Antrag grundsätzlich jährlich
bewilligt. Für die folgenden Jahre bedarf es keines erneuten Antrags, wenn sich
die Grundlagen für die Bemessung nicht
geändert haben. Ändern sich diese, ist
der Krankenhaustarif verpflichtet, die
zuständige Landesbehörde rechtzeitig zu
unterrichten.

(7) Nicht verbrauchte Pauschaltarif
sind zinsgünstig anzulegen. Die Zinser-
träge sind den Pauschaltarifen zuzu-
führen und zweckentsprechend zu ver-
wenden. Dies gilt bei vorübergehender
Inanspruchnahme von Pauschaltarifen
anstelle von Betriebsmittelkrediten be-
züglich der dadurch ersparten Zinsen ent-
sprechend.

§ 26
Förderung der Nutzung
von Anlageteilen

(1) Anstelle der Förderung der An-
şaufführung und Wiederbeschaffung von
Anlageteilen nach § 9 Abs. 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und den
§§ 24 und 25 dieses Gesetzes können auf
Antrag des Krankenhaustarifes Förder-
mittel in Höhe der Entgelte für die Nut-
zung von Anlageteilen bewilligt werden,
rend hierdurch eine wirtschaftlichere
Verwendung der Fördermittel zu erwar-
ten ist. Die zuständige Landesbehörde
kann auch allgemein im Voraus der Nut-
zung bestimmter Anlageteile zustimmen.
Die Nutzung kann auch nachträglich ge-
nehmigt werden, wenn die Verweigerung
eine erhebliche Härte darstellen würde
und wirtschaftliche Nachteile nicht zu er-
warten sind.

(2) Die pauschal gewährten Fördermit-
tele nach § 25 dürfen für die Nutzung von
Anlageteilen verwendet werden, so-
wit dies einer wirtschaftlichen Betriebs-
führung entspricht und der mit der
Gewährung der Fördermittel verfolgte
Zweck nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt
auch für die Finanzierung des Kauts,
wen die wirtschaftlich günstiger ist.

§ 27
Förderung von Lasten
aus Investitionskosten

(1) Sind für förderungsfähige Investitionen
von Krankenhäusern, die nach
§ 24 gefördert werden, vor Aufnahme des
Krankenhauses in den Krankenhausplan
Darlehen auf dem Kapitalmarkt aufgenom-
men oder für die Alterssicherung bestimmte
Mittel eingesetzt worden, so werden auf
Antrag in der Höhe der sich hieraus erge-
benden Lasten Fördermittel bewilligt.

(2) Abs. 1 gilt nicht für Darlehen, die
zur Ablösung von Eigenkapital des Kranken-
häusergremiums nach Aufnahme in den
Krankenhausplan aufgenommen wurden.
Fördermittel werden nicht gewährt für er-
höhte Lasten aus einer nach Aufnahme in
den Krankenhausplan erfolgten Umschal-
dung, es sei denn, dass diese aus rechtli-
chen oder tatsächlichen Gründen unver-
meidbar war.

(3) Krankenhäuser, die Fördermittel
nach Abs. 1 in Anspruch nehmen wollen,
sind zur Auskunft über alle Tatsachen
verpflichtet, deren Kenntnis zur Feststel-
lung der Voraussetzungen nach Abs. 1
oder 2 notwendig ist. Werden die Aus-
künfte nicht, nicht vollständig, nicht frist-
gemäß oder unrichtig gegeben, so kön-
nen die Fördermittel versagt oder zurück-
gefordert werden.

(4) Überschreiten die Abschreibungen
der Investitionen nach Abs. 1 während der
Förderzeit die geförderten Tilgungsbeträge,
sind die Fördermittel bis zum Auscheiden
aus dem Krankenhaus-
plan Fördermittel in Höhe des Unter-
schiedsbetrages zu bewilligen, im umge-
kehrten Fall ist der Unterschiedsbetrag
vom Krankenhaustarif zurückzuverzehren.
Soweit förderungsfähige Investitionen mit
Zusammenführung der zuständigen Landes-
behörde aus Eigenmitteln finanziert wor-
den sind, werden die hierauf entfallenden
Abschreibungen nach § 24 berücksichtigt.

§ 28
Förderung von Anlaufs-
Umstellung- und Grundstückskosten

Eine Betriebsgefährdung im Sinne von
§ 8 Abs. 2 Nr. 2 des Krankenhausfinanzie-
Förderung von Personalwohnraum


§ 30

Förderung zum Ausgleich von Eigenmitteln


(2) Für die Berechnung des Ausgleichsanspruches sind der Wert des Anlagegutes bei Beginn der Förderung und die restliche Nutzungsdauer während der Zeit der Förderung zugrunde zu legen.

(3) Abs. 1 und 2 gelten entsprechend bei teilweisem Ausscheiden aus dem Krankenhausplan.

(4) Die Förderung nach Abs. 1 bis 3 kann pauschaliert werden, wenn der ge- naue Ausgleichsbetrag nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand ermittelt werden könnte.

§ 31

Förderung bei Ausscheiden aus dem Krankenhausplan

(1) Für Krankenhäuser, die aufgrund einer Entscheidung des für das Gesundheitswesen zuständigen Ministeriums aus dem Krankenhausplan ganz oder teilweise ausscheiden, sind anstelle der nach den §§ 24 bis 30 zu zahlenden Fördermit-

tel auf Antrag pauschale Ausgleichszahlungen zu bewilligen, um die Einstellung des Krankenhausbetriebes oder seine Umstellung auf andere Aufgaben zu erleichtern.

(2) Scheidet ein Krankenhaus teilweise aus dem Krankenhausplan aus, betragen die Ausgleichszahlungen bei einer Verminderung um

- 11 bis zu 30 Betten 5 100 Euro pro Bett,
- bis zu 60 Betten 6 100 Euro pro Bett,
- bis zu 90 Betten 7 200 Euro pro Bett,
- über 90 Betten 8 200 Euro pro Bett.

Scheidet ein Krankenhaus oder eine Abteilung eines Krankenhauses ganz aus dem Krankenhausplan aus, sind die pauschalen Ausgleichszahlungen nach Satz 1 zu verdoppeln. Die für das Gesundheitswesen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Ministerin oder dem hierfür zuständigen Minister in angemessenen Abständen die pauschalierten Ausgleichsbeträge der durchschnittlichen Kostenentwicklung anzupassen.


(4) Krankenhäuser und Einrichtungen nach den §§ 3 und 5 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes werden nicht gefördert.

§ 32

Förderung von Forschungsvorhaben


§ 33

Sicherung der Zweckbestimmung, Auflagen und Bedingungen

(1) Fördermittel dürfen nur dem Förderzweck entsprechend verwendet wer-
den, wie er sich insbesondere aus den im Krankenhausplan bestimmten Aufgaben des Krankenhauses ergibt.

(2) Die Bewilligung von Fördermitteln kann mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden, soweit dies zum Erreichen des Gesetzeszweckes, insbesondere der Ziele des Krankenhausplanes, der Zusammenarbeit nach § 4 und zur Verwirklichung der in den §§ 5 bis 12 und 14 bis 16 vorgesehenen Maßnahmen oder zur Sicherung der Ansprüche nach § 34 erforderlich ist, § 2 Abs. 2 bleibt unberührt.

(3) Bei der Übertragung von Aufgaben der Ausbildung ist sicherzustellen, dass die Funktionsfähigkeit des Krankenhauses für die Versorgung der Patienten nicht beeinträchtigt wird.

(4) Die Bewilligung von Mitteln nach § 31 kann mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden, die für die Umstellung oder die Einstellung des Krankenhausbetriebes erforderlich sind.

§ 34
Erstattung von Fördermitteln

(1) Die Fördermittel sind zurückzuerstatten, wenn das Krankenhaus seine Aufgaben nach dem Krankenhausplan nicht mehr erfüllt. Soweit von den Fördermitteln Anlagegüter beschafft worden sind, mindert sich die Erstattungspflicht entsprechend der abgelaufenen regelmäßigen Nutzungsdauer des betreffenden Anlagegutes. Die Verpflichtung zur Erstattung der Fördermittel besteht jedoch nur bis zur Höhe des Liquidationswertes der Anlagegüter, wenn das Krankenhaus aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund nach Gewährung der Fördermittel die Erfüllung seiner Aufgaben unmöglich wird.

(2) Von der Rückforderung nach Abs. 1 ist abzusehen, wenn

1. das Krankenhaus im Einvernehmen mit der zuständigen Landesbehörde aus dem Krankenhausplan ausscheidet und eine pauschale Ausgleichszahlung nach § 31 Abs. 2 erfolgt,

2. geförderte Anlagegüter, die nicht unmittelbar dem Betrieb von bettenführenden Abteilungen des Krankenhauses zuzuordnen sind, aus fachlichen oder wirtschaftlichen Gründen aus dem Krankenhausbetrieb ausgegliedert werden und

a) die betroffenen Anlagegüter weiterhin ausschließlich oder überwiegend für Krankenhauszwecke genutzt werden und

b) die Erträge aus der Nutzung dieser Anlagegüter so lange und so weit den entsprechenden Rücklagen zugeführt werden, bis die nicht aufgezogenen Fördermittel durch interne Verrechnung ausgeglichen sind.

(3) Von der Rückforderung nach Abs. 1 kann abgesehen werden, wenn im Wege der Festbetragsfinanzierung nach § 24 Abs. 3 gefördert worden ist oder eine Umstellung der geförderten Einrichtungen auf andere soziale Aufgaben erfolgt.

(4) Die Fördermittel können jederzeit zurückgefordert werden, wenn sie entgegen den festgesetzten Bedingungen oder Auflagen verwendet werden.

(5) Abs. 3 gilt entsprechend, wenn nach Beendigung der Leistungen nach § 31 die Einstellung oder die Umstellung auf andere Aufgaben nicht erfolgt.

§ 35
Darlehensfinanzierung

(1) Zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen nach § 24, die zur strukturellen Weiterentwicklung von Krankenhäusern dient, werden Fördermittel aus dem öffentlichen Haushalt in Höhe von 255 Millionen Euro aufgenommen.

(2) Die Förderung erfolgt im Einzelfall durch einen Festbetrag entsprechend § 24 Abs. 3 mit der Maßgabe, dass der je-weils geförderte Darlehensbetrag innerhalb von zehn Jahren zu tilgen ist. Die Darlehensaufnahme bedarf der Zustimmung der zuständigen Landesbehörde.

(3) Die für die Förderung der Darlehensfinanzierung benötigten Mittel sind aus dem im jeweiligen Haushalt für das Krankenhausbauprogramm nach § 20 Abs. 3 veranschlagten Mitteln zu bewilligen.

§ 36
Lastenverteilung auf Land, Landkreise und kreisfreie Städte


NEUNTER ABSCHNITT
Aus- und Weiterbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens

§ 37
Förderung von Aus- und Weiterbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens

Aus- und Weiterbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens können gefördert werden, wenn sie staatlich anerkannt sind und nicht nach den Vor-
schriften des Krankenhausfinanzierungsgesetzes gefördert werden.

§ 38
Staatliche Anerkennung von Aus- und Weiterbildungsstätten

(1) Aus- und Weiterbildungsstätten werden auf Antrag durch das Regie-
rungspräsidium staatlich anerkannt, wenn

1. fachlich qualifizierte Lehrkräfte in aus-
reichender Zahl zur Verfügung stehen,
2. die Räumlichkeiten und Einrichtungen
den an die Aus- und Weiterbildung zu
stellenden Anforderungen entspre-
chen und
3. die Angliederung oder die Zusammen-
arbeit mit einem geeigneten Kran-
kenhaus oder mit anderen Einrichtun-
gen des Gesundheitswesens für die
Durchführung berufspraktischer Aus-
bildungs- oder Weiterbildungsanteile
sichergestellt ist.

Sie unterstehen seiner fachlichen Auf-
sicht.

(2) Die staatliche Anerkennung kann
widerriefen werden, wenn ihre Vorausset-
zungen entweder nicht vorgelegen haben
oder später weggefallen sind.

ZEHNTER ABSCHNITT
Schlussbestimmungen

§ 39
Zuständigkeitsregelung

Die in diesem Gesetz den Landesver-
bänden der Krankenkassen zugewiese-
nen Aufgaben nehmen für die Ersatzkas-
sen der Landesauschuss Hessen des Ver-
handes der Angestelltenkrankenkassen,
für die knappschaftliche Krankenversi-
cherung die Verwaltungsstelle Kassel der
Bundesknappschaft und für die Kranken-
versicherung der Landwirte die örtlich zu-
ständigen landwirtschaftlichen Kranken-
kassen wahr.

§ 40
Rechtsverordnungen

Die für das Gesundheitswesen zustän-
dige Ministerin oder der hierfür zuständige
Minister wird ermächtigt, durch Rechtsver-
ordnung im Einvernehmen mit der für Fi-
nanzen zuständigen Ministerin oder dem
hierfür zuständigen Minister zu regeln:

1. in welchen Fällen und inwieweit die
Ergänzung von Anlagegütern über die
übliche Anpassung an die medizini-
sche und technische Entwicklung we-
sentlich hinausgeht (§ 24 Abs. 6),
2. die Abgrenzung der kurzfristigen Anla-
gegüter nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 von den
Anlagegütern nach § 25 Abs. 1 Nr. 2,
3. unter welchen Voraussetzungen Mittel
des Krankenhaus trägers als Eigenmit-
tel im Sinne von § 30 anzusehen sind.

§ 41
Übergangsbestimmungen

Die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tre-
tens dieses Gesetzes erlassenen Feststel-
lungsbescheide nach § 18 Abs. 1 Hess-
sches Krankenhausgesetz 1988 gelten
fort, bis sie durch Bescheide nach § 19
Abs. 1 dieses Gesetzes ersetzt werden.

§ 42
Aufhebung von Rechtsvorschriften

Das Hessische Krankenhausgesetz
1), zuletzt geändert durch Gesetz
vom 20. Juni 2002 (GVBl. I S. 342), wird
mit Ausnahme von § 42 aufgehoben.

§ 43
In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Es treten in Kraft:

1. § 25 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 4 Satz 5 mit
Wirkung vom 1. Januar 2002,
2. die übrigen Vorschriften am 1. Januar
2003.

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31.
Dezember 2008 außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Die Hessische Sozialministerin
Lauteschläger

1) Heft auf GVBl. II 351-38
Bekanntmachung
der Neufassung des Wahlprüfungsgesetzes\footnote{GVBl. II 18:1}

Vom 5. November 2002


Wiesbaden, den 5. November 2002

\begin{center}
Der Hessische Ministerpräsident
Koch
\end{center}

Wahlprüfungsgesetz
in der Fassung vom 5. November 2002

\begin{center}
\footnotesize
\begin{tabular}{ll}
§ 1 & Das Wahlprüfungsgericht beim Landtag besteht aus dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, dem Oberlandesgerichtspräsidenten und drei gewählten Mitgliedern. \\

§ 2 & (1) Die zu wählenden Mitglieder werden vom Landtag aus dem Kreis der Abgeordneten im Wege der Verhältniszahl nach dem Listenwahlsystem für die Dauer der Wahlperiode gewählt. \\

& (2) Die Sitze sind auf die Wahlvorschläge nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zu verteilen, die sich durch Vollrechnung, Hälfteilung und Drittelung der auf die Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen ergeben. \\

§ 3 & Der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes und der Oberlandesgerichtspräsident werden bei Verhinderung durch den ständigen Vertreter im Amt vertreten. Bei Verhinderung oder Ausscheiden eines gewählten Mitgliedes tritt der auf der Liste folgende Abgeordnete an seine Stelle. \\


& (2) Über die Befragung der Zeugen und Sachverständigen beschließt das Gericht nach freiem Ermessen. \\

& (3) Über die mündliche Verhandlung wird eine Niederschrift aufgenommen, die den Gang der Verhandlung im Allgemeinen wiedergeben soll. Sie wird vom Vorsitzenden und Schriftführer unterschrieben. Als Schriftführer wird ein Bediensteter des Landtagsbüros zugezogen. \\

& (4) Im Übrigen regelt das Wahlprüfungsgesetz sein Verfahren im Rahmen dieses Gesetzes nach freiem Ermessen.
\end{tabular}
\end{center}
§ 6
(1) Das Wahlprüfungsgericht prüft von Amts wegen oder auf Einspruch die Gültigkeit der Wahlen zum Landtag.

(2) Das Wahlprüfungsgericht entscheidet von Amts wegen, auf Antrag des Präsidenten des Landtages oder auf Einspruch eines Wahlberechtigten darüber, ob ein Abgeordneter seinen Sitz verloren hat.

§ 7
(1) Der Einspruch nach § 6 steht jedem Wahlberechtigten zu. Der Einspruch muss innerhalb eines Monats beim Landtag eingegangen und mit Gründen versehen sein. Die Frist beginnt im Falle des § 6 Abs. 1 mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses, im Falle des § 6 Abs. 2 mit der Entscheidung des Landeswahlausschusses gemäß § 40 Abs. 4 Satz 2 des Landtagswahlgesetzes. Unterbleibt eine Entscheidung nach § 40 Abs. 4 Satz 2 des Landtagswahlgesetzes, so ist der Einspruch im Falle des § 6 Abs. 2 an keine Frist gebunden.

(2) Der Einspruch gegen die Berufung eines Abgeordneten gemäß § 40 des Landtagswahlgesetzes kann nur auf Mängel in der Person des Berufenen oder auf sonstige Mängel der nachträglichen Berufung gestützt werden.

§ 8
(1) Wird gegen die Wahl ein Einspruch nicht erhoben und sind keine Fehler bei der Feststellung des Wahlergebnisses ersichtlich, so stellt das Wahlprüfungsgericht dies nach Ablauf der Einspruchsfrist durch Beschluss fest.

(2) Der Beschluss ist dem Präsidenten des Landtages, dem Minister des Innern und dem Landeswahlleiter zuzuteilen und im Staatsanzeiger zu veröffentlichen.

§ 9
Wird Einspruch eingelegt oder hält das Wahlprüfungsgericht von Amts wegen eine eingehende Prüfung für erforderlich, so leitet es ein ordentliches Wahlprüfungsverfahren ein. Für das Verfahren gelten die Vorschriften der §§ 10 – 17.

§ 10
Die Verhandlungen vor dem Wahlprüfungsgericht sind öffentlich.

§ 11

§ 12
(1) Alle hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Wahlprüfungsgericht und demgemäß § 11 bestellten Richter auf Verlangen Auskunft zu erteilen und Amtshilfe zu leisten.

(2) Die Gerichte haben ihnen nach Maßgabe der Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes Rechtshilfe zu leisten.

§ 13

§ 14
Der Präsident des Landtages, die Fraktionen (§ 1 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Fraktionsgesetzes), der Minister des Innern und der Landeswahlleiter sind schriftlich von dem Termin zu verständigen. Sie oder ihre Vertreter sind auf Verlangen jederzeit zu hören. § 13 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 15
(1) Das Wahlprüfungsgericht entscheidet im ordentlichen Wahlprüfungsverfahren aufgrund mündlicher Verhandlung durch Beschluss
1. über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlen.
2. über die Frage, ob Abgeordnete ihren Sitz verloren haben.

(2) Von einer mündlichen Verhandlung kann abgesehen werden, wenn
1. der Einspruch nicht fristgerecht eingelegt worden ist.
2. der Einspruch entgegen § 7 Abs. 1 Satz 2 nicht mit Gründen versehen ist und dem Mangel innerhalb einer vom Vorsitzenden zu setzenden Frist nicht abgeholfen worden ist, oder
3. der Einspruch offensichtlich unbegründet ist.

(3) Soweit Wahlen für ungültig erklärt werden, sind die sich daraus ergebenden Folgen festzustellen.

§ 16
Der Beschluss nach § 15 ist mit Gründen zu versehen und von den Mitgliedern
Verordnung über die Zuständigkeit der Wasserbehörden

Vom 1. November 2002


§ 1
Zuständigkeit der oberen Wasserbehörde

(1) Abweichend von § 94 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes ist die obere Wasserbehörde zuständig für

1. die Erteilung von Genehmigungen für Gewässerausbauten nach § 31 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, soweit es sich nicht um einen Ausbau von geringer Bedeutung handelt, insbesondere um einen netzmaßen Ausbau bei Teichen und um kleinräumige naturnahe Umgestaltungen wie die Beseitigung von Bach- und Grabenverrohrungen, und die Bestimmung von Fristen nach § 59 Abs. 2 Satz 3 des Hessischen Wassergesetzes,

2. die Erteilung von Genehmigungen nach § 50 des Hessischen Wassergesetzes für

a) Wasserversorgungsanlagen, einschließlich der Bauannahme,

b) kommunale Abwasserbehandlungsanlagen, deren Benennung eine Schmutzflocke von 1200 kg biochemischer Sauerstoffbedarf von fünf Tagen (BSB5) pro Tag entsprechend 20000 Einwohner- gleichwerten, oder mehr zugrunde liegt, und die damit in Verbindung stehenden Vorbehandlungsanlagen, Regenerations- und Rückhalteanlagen und Pumpstationen sowie alle nicht angeschlossenen Anlagen für kommunales Abwasser im Einzugsbereich der vorgenannten kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen,

c) gewerbliche Abwasserbehandlungsanlagen sowie alle damit in Verbindung stehenden Einrichtungen, soweit es sich nicht um Abwasserbehandlungsanlagen aus dem Anwendungsbereich der Anhänge 49 (mineralöllhaltiges Abwasser), 50 (Zahnbehandlung) oder 52 (Chemischreinigungen) der Abwasserverordnung in der Fassung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4046), handelt,


a) das Entnehmen, Zuteigenermäßigen, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser, ausgenommen Benutzungen für Hausdrainagen, Anlagen zur Wärmegewinnung, verlagernde Grundwasserschaltungen für Baumaßnahmen, Men gen von unter 3600 Kubikmeter pro Jahr, soweit es sich nicht um Benutzungen zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung handelt, und Teichanlagen,

b) das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser, soweit es der gezielten Grundwasseraueinrichtung (Infilt ration) dient,

c) Einleitungen aus den unter Nr. 2 Buchst. b genannten Anlagen,

d) Einleitungen von gewerblichem Abwasser in Gewässer und öffentliche Abwasseranlagen mit Ausnahme der Einleitungen von Abwasser aus dem Anwendungsbereich der Anhänge 49 (mineralöllhaltiges Abwasser), 50 (Zahnbe handlung) oder 52 (Chemischreini gungen) der Abwasserverordnung,

e) Benutzungen oberirdischer Gewässer zur Wasserkraftnutzung,

f) sonstige Benutzungen oberirdischer Gewässer, soweit es sich nicht um Einleitungen handelt, ausgenommen Benutzungen zum Zwecke der Bewässerung von Sportanlagen, im Rahmen des nicht gewerblichen Gartenbaus, im Zusammenhang mit der Genehmigung von Gewässerausbauten durch die untere Wasserbehörde und für Teichanlagen,

4. die Wasseraufsicht (§ 74 des Hessischen Wassergesetzes)

a) über die unter Nr. 2 Buchst. b genannten Anlagen sowie alle Abwasserkanäle im Einzugsbereich dieser Anlagen, die unter Nr. 2. Buchst. c genannten Anlagen und die unter Nr. 3 Buchst. a bis f genannten Benutzungen,

b) über Gewässerverunreinigungen im Sinne des § 77 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes, wenn die obere Wasserbehörde in die Angelegenheit wegen ihrer wasserwirtschaftlichen Bedeutung oder Schwierigkeit eintritt,

c) über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 109 Abs. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes mit Ausnahme der in der Anlage zu dieser Verordnung genannten Anlagen,

Anlage
d) über sonstige von der oberen Wasserbehörde zugelassene und angeordnete Maßnahmen, soweit keine anderweitige Regelung getroffen ist und es sich nicht um unter Nr. 2 Buchst. a genannte Anlagen handelt,

5. die allgemeine Festlegung gewässerbezogener Anforderungen durch Verwaltungsvorschriften, insbesondere im Hinblick auf die Abwasserbehandlung und -ableitung sowie die Unterhaltung und den Ausbau der Gewässer, soweit diese nicht durch die oberste Wasserbehörde geregelt werden,

6. Anordnungen und Entgegennahmen von Anzeigen über Gewässerschutzbeauftragte nach §§ 21a bis c des Wasserhaushaltsgesetzes, wenn die obere Wasserbehörde für die Erlaubnis zur Einleitung des Abwassers zuständig ist,

7. Anordnungen zur Beobachtung der Gewässer und des Bodens nach § 19i Abs. 3 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Anordnungen und Entgegennahme von Anzeichen über Gewässerschutzbeauftragte nach § 19i Abs. 3 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes, wenn sich die Anordnung oder Anzeigegepflicht nicht an den Betreiber einer in der Anlage zu dieser Verordnung genannten Anlage richtet,


10. den Widerruf alter Rechte und Anordnungen nach § 5 des Wasserhaushaltsgesetzes zu alten Rechten, soweit ihr die Zuständigkeit für die Neuerteilung einer entsprechenden Erlaubnis oder Bewilligung zugewiesen ist,

11. Anordnungen nach § 28 des Hessischen Wassergesetzes, soweit für die Zuständigkeit die Neuerteilung des erloschenen Rechts zugewiesen ist.

(2) Abweichend von § 31 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Wassergesetzes ist die obere Wasserbehörde für die Entgegennahme von Anzeigen über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen mit Ausnahme der in der Anlage zu dieser Verordnung genannten Anlagen zuständig.

(3) Die obere Wasserbehörde ist auf einem Werksgelände für alle wasserbehördlichen Maßnahmen, einschließlich der Entgegennahme von Mitteilungen und Anzeigen, im Zusammenhang mit dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, gewerblichen Abwasseranlagen und -einleitungen und Niederschlagswas sereinleitungen sowie Gewässerverunreinigungen nach § 77 des Hessischen Wassergesetzes zuständig, sofern auf dem Werksgelände einzelne behördliche Maßnahmen erforderlich sind, die nach Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Nr. 3 Buchst. d, Nr. 4 Buchst. a und c, Nr. 6 bis 8 sowie Abs. 2 in ihre Zuständigkeit fallen.

§ 2"

Aufhebung von Vorschriften


§ 3

Übergangs vorschrift

Für Zulassungsverfahren, die bei In-Kraft-Treten der Verordnung anhangig sind, bleibt die Behörde zuständig, die vor dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung zuständig war, soweit nicht die obere Wasserbehörde mit Rücksicht auf den Verfahrensstand eine andere Regelung trifft.

§ 4

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten


Wiesbaden, den 1. November 2002

Der Hessische Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Dietzel

\[\footnote{Heft auf GVBl. II 85-90}\]
Anlage zu § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit der Wasserbehörden

1. Anlagen zum Lagern wassergefährdender Stoffe und mit ihnen in Verbindung stehende unselbständige Abfüllanlagen,
2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, die nach § 29 Abs. 1 Anlagenverordnung von der Anzeigepflicht ausgenommen sind,
3. Tankstellen und Eigenverbrauchstankstellen, einschließlich aller Betriebseinrichtungen und für die Betankung notwendigen Anlagen,
4. Kraftfahrzeug-Werkstätten, einschließlich aller Betriebseinrichtungen,
5. Speditionen, einschließlich aller Betriebseinrichtungen,
6. Chemischreinigungsanlagen, einschließlich aller Betriebseinrichtungen.
GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT
FÜR DAS LAND HESSEN
TEIL II

Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts

Gesetz- und Verordnungsblatt

Das Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil II ist wieder lieferbar.
Die Loseblattsammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts ist in sechs Ordnern mit über 5000 Seiten erhältlich.
Herausgeber ist das Hessische Ministerium der Justiz.
Es enthält alle gültigen Rechtsvorschriften des Landes Hessen.
Mehrmalig im Jahr erscheinen Ergänzungslieferungen im Abonnement.

Gesetz- und Verordnungsblatt digital

Das Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil II ist auch digital auf CD-ROM lieferbar.
Die CD des bereinigten Hessischen Landesrechts enthält alle Seiten der Loseblattsammlung.
Es enthält alle gültigen Rechtsvorschriften des Landes Hessen.
Eine integrierte Suchfunktion sowie ein verknüpftes Inhaltsverzeichnis ermöglichen Ihnen den schnellen Zugriff auf benötigte Informationen.
Mehrmalig im Jahr erscheinen Updates im Abonnement.

Bernecker Verlag

Ja, ich möchte das Gesetz- und Verordnungsblatt Teil II.

- Loseblattsammlung in sechs Ordnern
  Ergänzungslieferungen pro Seite
  Euro 279,00
  Euro 6,075

- CD-ROM-Gesamtausgabe für
  MAC Updates
  Windows
  je Euro 272,00
  je Euro 138,00

Bei gleichzeitigem Bezugs der Loseblattsammlung:
Gesamtausgabe
jedes Update
Euro 105,00
Euro 81,00

Bestellung bitte an: A. Bernecker Verlag,
Unter dem Schöneberg 11, 34212 Meisenheim
Tel. (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 7 31-700